



Innenausschuss

79. Sitzung (öffentlich)

10. März 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:40 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz – LBG NRW) **8**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/9578

Stellungnahme 16/3563,
Stellungnahme 16/3573 und
Stellungnahme 16/3585

– Zuziehung von Sachverständigen –

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250

Der Ausschuss beschließt, wenn der HFA eine Anhörung durchführt, sich pflichtig daran zu beteiligen.

3 Neuntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11251

Stellungnahme 16/3591

In Verbindung mit:

4 Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben – Landesregierung muss jetzt eine Kurskorrektur bei der Flüchtlingspauschale vornehmen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11228

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11310

Der Ausschuss beschließt das weitere Beratungsverfahren.

5 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW. 24

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11318

Der **Ausschuss beschließt**, sich **nachrichtlich** an der **Anhörung des Integrationsausschusses am 27. April 2016 zu beteiligen**. Der Ausschuss verzichtet auf ein eigenes Sachverständigengespräch.

Der **Ausschuss beschließt**, sich an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes in der Sitzung des Integrationsausschusses am 1. Juni 2016 zu beteiligen.

6 Opfer nicht aus dem Blick verlieren – Täter ermitteln und bestrafen 26

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/10787

Der **Ausschuss beschließt**, sich **nachrichtlich** an der **Anhörung** des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation zu **beteiligen**.

7 Informationsfreiheit schützen – Transparenz und einfachen Zugang zu staatlichen Informationen sicherstellen 28

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11219

– Aussprache.

8 Anonyme Krankenkarte einführen – Medizinische Versorgung für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen sicherstellen 30

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6675

Ausschussprotokoll 16/875

In Verbindung mit:

Anonyme Krankenkarte – Wie beurteilt die Landesregierung den Bedarf in Nordrhein-Westfalen?

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 16/3783

Punkt 1 des Beschlusses – Drucksache 16/6675 – **wird** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **abgelehnt**.

Punkt 2 des Beschlusses – Drucksache 16/6675 – **wird** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **abgelehnt**.

Punkt 3 des Beschlusses – Drucksache 16/6675 – **wird** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **abgelehnt**.

Der **Ausschuss lehnt** den Antrag der Piratenfraktion **Drucksache 16/6675** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion **ab**.

9 Fortschritt von Open Data in der Landesverwaltung

34

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3764

– Diskussion.

10 Immer wieder gewalttätige Auseinandersetzungen am Hambacher Forst – Was unternimmt die Landesregierung und welche Vorbereitungen werden getroffen, damit es bei den „Skill Sharing Camps“ nicht zu erneuten Gewaltausbrüchen kommt?

37

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3766

– Diskussion.

**11 Verschärfungen beim Hinausschieben der Altersgrenze – § 32
Landesbeamtengesetz NRW 47**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3778

– Aussprache.

**12 Videobeobachtung auf Grundlage des § 15a des Polizeigesetzes
Nordrhein-Westfalen 50**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3779

Der **Ausschuss nimmt** den Bericht **Vorlage 16/3779 zur
Kenntnis.**

**13 Aktueller Sachstand bezüglich geplanter Standortschließungen bei
der Wasserschutzpolizei 51**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3765

– Kurze Aussprache.

**14 Wie werden datenschutzrechtliche Grundsätze bei der
Datensammlung über Fußballfans in SKB-Dateien beachtet? 52**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3767

– Diskussion.

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11250

Vorsitzender Daniel Sieveke führt aus, die erste Lesung habe am 2. März 2016 stattgefunden. Die Federführung liege hier beim Haushalts- und Finanzausschuss. Mitberatend seien der Innenausschuss und der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses. Die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände lägen noch nicht vor. Der Haushalts- und Finanzausschuss tage am Nachmittag und werde ein Beratungsverfahren beschließen. Er frage, wie sich der Innenausschuss, sofern eine Anhörung durchgeführt werden sollte, daran beteiligen wolle. Der Innenausschuss könnte in seiner nächsten Sitzung am 7. April darüber votieren.

Frank Herrmann (PIRATEN) betont, da hier hauptsächlich Sicherheitsbelange im Haushalt berücksichtigt seien, sollte sich der Innenausschuss pflichtig an der Anhörung beteiligen. Er hätte auf jeden Fall eine Menge Fragen.

Thomas Stotko (SPD) meint, wenn der HFA eine Anhörung durchführe, sollte sich der Innenausschuss sehr wohl daran beteiligen.

Theo Kruse (CDU) legt dar, unter der Voraussetzung, dass eine Anhörung im HFA beantragt werde, könne seine Fraktion heute auf Nachfragen verzichten. Das werde dann zu gegebener Zeit geschehen.

Dr. Joachim Stamp (FDP) schließt sich der Äußerung an.

Der Ausschuss beschließt, wenn der HFA eine Anhörung durchführt, sich pflichtig daran zu beteiligen.

